

Antrag gemäß § 16 GeschO

Neuaufstellung der GGS – städtische Wohnungsgesellschaft

Zur sogenannten Daseinsfürsorge gehört aus Sicht der SPD auch die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum. Die SPD-Fraktion schlägt deshalb vor, eine Erweiterung des Geschäftszwecks der Grundstücksgesellschaft Sendenhorst (GGS) zu prüfen.

Bei der Vorlage des Jahresberichts der GGS für das Jahr 2017 sowie des Wirtschaftsplans für 2018 und Folgejahre ist in den Beratungen deutlich geworden, dass die Verfahren teils intransparent sind, kommunale Interessen nur begrenzt umgesetzt werden (sollen) und - bedingt durch die Erweiterung des Aufgabenfelds - auch in den Folgejahren neue Anforderungen auf die Grundstücksgesellschaft zukommen, sowohl von der Quantität als auch von der Qualität.

Die GGS steht mit der Realisierung des Baugebietes Kohkamp vor einer großen Aufgabe. Hinzukommt absehbar das Gelände der "Alten Kläranlage", das mit sozial verträglichen Wohnungen bebaut werden soll. Die Realisierung der ersten Maßnahme soll nach derzeitiger Planung ca. ein Jahrzehnt dauern; die Planung für die Umsetzung der zweiten Maßnahme ist noch nicht absehbar.

In den Planungen der GGS ist derzeit vorgesehen, die Vermarktung der Grundstücke im Kohkamp durch Dritte vorzunehmen – geschätzte Kosten rund 750.000 Euro. Hinzu kommen die Kosten für das Honorar eines der beiden Geschäftsführer – im Jahr 2017 rund 35.000 Euro für ein regelmäßiges Arbeitsverhältnis ohne Sozialversicherungspflicht. Vor dem Hintergrund der vorliegenden Interessentenliste – aktuell ca. 130 Anmeldungen – ist ein derart hoher finanzieller Aufwand für die Akquise von Kaufinteressenten nicht zu rechtfertigen. Zudem ist bei dem geplanten Verfahren nicht gesichert, dass die Stadt die Möglichkeit hat, für die Vergabe der Grundstücke soziale Kriterien anzuwenden.

Damit wird die Stadt vor dem Hintergrund des knappen, bezahlbaren Wohnraums im Raum Münster – also auch in Sendenhorst und Albersloh – ihrer sozialen Antwort nicht gerecht. Nicht nur aktuell – absehbar ist, dass auch in den nächsten Jahren erschwingliche Wohnungen knapp bleiben werden.

Die SPD hat schon immer die Ansicht vertreten, dass sozialer Wohnungsbau eine kommunale Aufgabe ist und zusätzlich zu den Flüchtlingsheimen in Sendenhorst und Albersloh (Mergelberg und Bahnstraße) ein entsprechendes Portfolio von der Stadt vorgehalten werden sollte. Durch die Aufnahme von Asylsuchenden in Sendenhorst und Albersloh wurden in den letzten Jahren Wohnungen durch die Kommune angemietet; die Bewirtschaftung dieser Wohnungen erfolgt zurzeit extern. Auch hier entstehen dem städtischen Haushalt Kosten, zusätzlich zur Bewirtschaftung der alten und neuen (Seilerstraße und Auf der Geist) städtischen Immobilien – für eine nicht absehbare Zeit.

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Sendenhorst

Zusammen genommen ergeben all diese Punkte für die SPD die Notwendigkeit, diese Aufgaben in einer Hand zusammenzuführen und eine Neuaufstellung der GGS zu prüfen:

1. Es ist zu prüfen, ob unter den oben genannten Aspekten die derzeitige Gesellschaftsform beibehalten werden kann/soll.
2. Vor dem Hintergrund des erweiterten Aufgabenspektrums erscheint es – auch mit Blick auf die Finanzpläne – sinnvoll, eine hauptamtliche Stelle für die Umsetzung der Aufgaben zu schaffen und auf die Vergabe der Akquise an Dritte und die Position des zweiten Geschäftsführers zu verzichten.
3. Es ist zu prüfen, die neuen städtischen Immobilien (Seilerstraße, Auf der Geist) ebenso wie den städtischen Bestand und den angemieteten Wohnraum durch die GGS betreuen und verwalten zu lassen – gegebenenfalls durch eine Erweiterung des Geschäftszwecks der GGS.
4. Es ist zu prüfen, die Wohnbauentwicklung auf dem Gelände der alten Kläranlage in Sendenhorst und die anschließende Bewirtschaftung durch die GGS im Sinne einer städtischen Wohnbaugesellschaft durchzuführen.